Erlass zur Berufsorientierungsmaßnahme (BOM) und Fortführung des Projekts „Zugangschancen für den allgemeinen Arbeitsmarkt durch Begleitung des Integrationsfachdienstes oder des Berufsbildungswerkes“ (ZABIB) für Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen oder mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung in den Förderschwerpunkten geistige Entwicklung, Sehen, Hören oder körperliche und motorische Entwicklung (Erlass BOM/ZABIB)

30.10.2022

III.A.1 - 170.000.027-00327

Gült.-Verz. Nr.: 721

Das Projekt BOM/ZABIB hat zum Ziel, für Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen oder mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung in den Förderschwerpunkten geistige Entwicklung (GE), Hören (HÖR), Sehen (SEH) oder körperliche und motorische Entwicklung (KME) die Zugangschancen für den allgemeinen Arbeitsmarkt durch Begleitung des Integrationsfachdienstes oder des Berufsbildungswerkes zu erhöhen. Entscheidend für die Teilnahme am Projekt ist, dass die vorliegende Beeinträchtigung oder Behinderung die Vermittlungschancen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt offensichtlich erschweren würde, gleichwohl die Lehrkräfte und Eltern ein individuelles Potenzial sehen. BOM/ZABIB richtet sich an diese Schülerinnen und Schüler, die in Abschlussklassen allgemeiner Schulen, an Haupt- oder Berufsorientierungsstufen der Förderschulen unterrichtet werden.

Das Projekt BOM/ZABIB soll diesen Schülerinnen und Schülern gezielt eine berufliche Orientierung mit begleiteter Praxiserfahrung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ermöglichen, um Perspektiven zu ihrer Teilhabe am Arbeitsmarkt zu erschließen und auf den Übergang in das Arbeitsleben vorzubereiten. Die Zugangschancen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt werden damit für die teilnehmenden Schülerinnen und Schülern erhöht, mithin sollen sie dazu befähigt werden, möglichst selbst eine Entscheidung über ihren zukünftigen Berufsweg zu treffen.

Dafür hat das Hessische Kultusministerium (HKM) in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration (HMSI) und dem Landeswohlfahrtsverband (LWV) im Rahmen der Bildungskettenvereinbarung mit der Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ eine Vereinbarung getroffen. Nach dieser soll jährlich bis zu 200 Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen oder mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung in oben genannten Förderschwerpunkten die Möglichkeit eröffnet werden, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ein Betriebspraktikum zu absolvieren.

Bei der Praktikumsbegleitung werden die Lehrkräfte von externen Dienstleistern unterstützt und entlastet. Die externen Dienstleister sind der Integrationsfachdienst (IFD) und das Berufsbildungswerk Südhessen (BBW). Beide haben eine hohe Fachexpertise und kennen den Arbeitsmarkt gut. Sie helfen bei der Akquise eines Praktikumsplatzes, bereiten diesen gegebenenfalls vor und begleiten die Schülerinnen und Schüler während des Betriebspraktikums. Auf der Grundlage des Berufswegeplans (Anlage 1a), mit Beiblatt für den Förderschwerpunkt Hören (Anlage 1b) und für den Förderschwerpunkt Sehen (Anlage 1c) besprechen und evaluieren sie gemeinsam mit den Lehrkräften, der Schülerin oder dem Schüler und den Eltern das Betriebspraktikum in der Berufswegekonferenz II (BWK II, Anlage 2). Die Beraterinnen und Berater Re

habilitation (Reha-Beratung) der Agentur für Arbeit (AA) oder des Jobcenters nehmen gegebenenfalls an der Berufswegekonferenz II teil.

Die genauen Aufgaben von IFD und BBW, wie auch die der Lehrkräfte, sind in der zu verwendenden Kooperationsvereinbarung (Anlage 3) dargelegt. Zur Unterstützung und für die Hand der Lehrkräfte ist der gesamte Prozess in einem Ablaufplan festgehalten (Anlage 4).

Am Projekt BOM/ZABIB können Schülerinnen und Schüler teilnehmen, bei denen eine Schwerbehinderung vorliegt. Ist eine Schwerbehinderung förmlich (noch) nicht anerkannt oder ein Grad der Behinderung festgestellt, ist es zur Teilnahme am Projekt ausreichend, wenn einer der eingangs genannten Förderschwerpunkte vorliegt, und aufgrund der gezeigten bisherigen schulischen Entwicklung, Leistungen und Interessen die Wahrscheinlichkeit besteht, dass durch das Angebot des Projektes eine Teilnahme am Arbeitsleben auf dem ersten Arbeitsmarkt - und somit außerhalb einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung- ermöglicht werden könnte. Insofern wird im Sinne des § 151 Absatz 4 Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch - (SGB IX) aufgrund des festgestellten Vorliegens eines Anspruchs auf sonderpädagogische Förderung eines der oben genannten sonderpädagogischen Förderschwerpunkte während der Zeit der Berufsorientierung eine Gleichstellung mit einem schwerbehinderten Menschen unterstellt.

Die Anmeldung der Schülerinnen und Schüler erfolgt mittels Formular (Anlage 5) über die Schulleitung an die Ansprechpersonen Berufs- und Studienorientierung bei den Staatlichen Schulämtern. Für die Einverständniserklärung zur Teilnahme und zur Datenverarbeitung ist die beigefügte Vorlage zu verwenden (Anlage 6). Das Betriebspraktikum wird mittels eines Selbst- und Fremdeinschätzungsbogens (Anlage 7) ausgewertet. Die Schülerinnen und Schüler erhalten eine Bescheinigung zur Teilnahme am Betriebspraktikum (Anlage 8) und zur Teilnahme am Projekt BOM/ZABIB (Anlage 9).

Bevor personenbezogene Daten der Schülerin oder des Schülers übermittelt werden, muss die Vereinbarung gemäß Art. 26 Abs. 1 S. 1 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) durch die Schule, den IFD oder BBW, welcher diese durch die die Schule vorgelegt bekommt, und den Praktikumsbetrieb, welcher diese durch den IFD oder BBW vorgelegt bekommt, unterschrieben sein (Anlage 10)

Das HKM verteilt jährlich die zur Verfügung stehenden Plätze auf die einzelnen Staatlichen Schulämter entsprechend ihrer Gesamtschülerzahl. Nicht benötigte Plätze eines Staatlichen Schulamtes werden nach Abstimmung mit anderen Staatlichen Schulämtern innerhalb des Schulamtsverbundes genutzt.

Schülerinnen und Schüler, die eine Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Sehen oder Hören in einem anderen Schulamtsbezirk als dem ihres Wohnsitzes besuchen und dort im Internat leben, können ihr Praktikum entweder am Wohnort der Eltern oder am Schulort absolvieren. Wird das Praktikum am Wohnort absolviert, ist der IFD des Wohnortes zuständig, bei Absolvierung am Schulort der IFD des Schulortes.

Die Schulen werden mit dem Erlass über die zu verwendenden Anlagen (Anlagen 1 bis 10) informiert.

Dieser Erlass tritt am Tag nach der Bekanntgabe in Kraft.
Gleichzeitig tritt der Erlass ZABIB vom 16. Juli 2018 (ABI. S. 792) außer Kraft.

Anlagen

Anlage 1a	Berufswegeplan Hessen
Anlage 1b	Berufswegeplan mit Beiblatt Hören
Anlage 1c	Berufswegeplan mit Beiblatt Sehen
Anlage 2	Berufswegekonferenzen (BWK I und BWK II) – Ziele und Inhalte
Anlage 3	Kooperationsvereinbarung zwischen der Schule und dem IFD oder dem BBW
Anlage 4	Ablaufplan des Projekts BOM/ZABIB
Anlage 5	Anmeldung Betriebspraktikum Projekt BOM/ZABIB
Anlage 6	Einverständniserklärung zur Projektteilnahme und zur Datenverarbeitung
Anlage 7	Selbst- und Fremdeinschätzung zum Betriebspraktikum
Anlage 8	Teilnahmebescheinigung des Praktikumsbetriebes
Anlage 9	Teilnahmebescheinigung am Projekt BOM/ZABIB
Anlage 10	Vereinbarung zur Datenschutzgrundverordnung